



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

Ausgabe
20.07.2007

Unsere Themen:

Gespräch mit Mandats-trägern der SPD
(Seite 1-4)

MdB Lothar Mark schreibt an BMI Dr.Schäuble
(Seite 4)

GdP Medien-Spiegel
(Seite 5)

Altersproblem der Polizei: Älteste Streife in Hockenheim ist 59,5 Jahre
(Seite 6)

Blaue Uniform: IM will rasch eine Projektgruppe einsetzen
(Seite 6)

Ist die Wegnahme des Kleidergeldes rechtens?
(Seite 6)

Landes-regierung beschließt Eckdaten des Nachtrags-haushalts 2007/2008
(Seite 6)



Die Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften:

v.l. Egon Manz (DPoG), Thomas Mohr (GdP) und Thomas Krohne (BDK) beim Gespräch mit v.l. Stadtrat Roland Weiß (SPD), MdL Dr. Frank Mentrup (SPD), MdL Helen Heberer (SPD), MdL u. Vorsitzender des Innenausschuss Hans-Georg Junginger (SPD) und Bundestagsabgeordneter Lothar Mark (SPD).

Die Metropolregion wehrt sich! Politik, Führung und Polizeigewerkschaften ziehen an einem Strang.

Die gesamte Personalentwicklung bei der Polizei in der Metropolregion, bestehend aus Personalreduzierung und Überalterung durch Mindereinstellungen, ist eine gefährliche Entwicklung und nicht zu akzeptieren. Polizeigewerkschaften, Politik und Polizeiführung möchte gemeinsam dieser negativen Entwicklung begegnen. Die Weichen wurden dafür gestellt. Politische und gewerkschaftliche Ränkespiele haben im Sicherheitsbereich nichts zu suchen. Auf die Vorschläge von Dr. Mentrup sahen die Teilnehmer des Gesprächs auch die Notwendigkeit, bei einer „Sicherheitskonferenz Metropolregion“, die Wirtschaftsverbände zu beteiligen. Sicherheit nach Kassenlage darf es nicht geben!

Weiter Seite 1

Impressum:

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei Mannheim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159 Mannheim, Telefon 0621/174-4226 Fax: -3999
eMail: GdP-MA@online.de * Internet: www.gdpmannheim.de Verantwortliches Vorstandsmitglied: Thomas Mohr, Vorsitzender



Auszug aus dem Protokoll der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften



Egon Manz
Personalratsvorsitzender
PP Mannheim und DPoIG-
Kreisvorsitzender
(Gesprächsleitung):

Zur Thematik:

1. Neuorganisation der Bundespolizei!
2. Stellenreduzierung beim PP Mannheim



1. Das Bundesinnenministerium hat verfügt, dass die Bundespolizeiinspektion Mannheim zu einem Polizeirevier herabgestuft wird. Weiterhin soll der Führungsstab und der Ermittlungsdienst nach Stuttgart verlegt werden.

Folge: Die Ermittlungen können nicht mehr vor Ort geführt werden; örtliches Hintergrundwissen geht verloren; Persönliche Kontakte zur Landespolizei gehen verloren; bei entsprechenden Lagen (Events, Fußballspiele mit Hooliganaktivitäten oder Demonstrationen mit gewaltbereiten Störern) muss sich das Polizeipräsidium Mannheim mit der künftigen Bundespolizeiinspektion Stuttgart in Verbindung setzen, um die Einsätze zu koordinieren (Augenhöhe); der länderübergreifende Sicherheitsraum der Metropolregion wird im Zuständigkeitsbereich der zum Revier herab gestuften hiesigen Bundespolizei in mehrere Zuständigkeiten zerschnitten - bisherige Zuständigkeiten über die Landesgrenze hinaus werden aufgehoben.

2. Die landesweiten Personaleinsparungen bei der Landespolizei im Vollzug um 850 Stellen (mit steigender Tendenz) und im Nichtvollzug mit einem beschlossenen 20-prozentigen Rückgang der Arbeitnehmer führt zu folgendem:

Das Polizeipräsidium Mannheim, wie auch die Polizeidirektion Heidelberg verlieren jeweils etwa 35 Vollzugsstellen und etwa 45 Tarifstellen für Arbeitnehmer. Wenn wir davon ausgehen, dass die Tätigkeiten der Arbeitnehmer weiterhin ausgefüllt werden müssen, bedeutet dies, dass neben den 35 eingesparten Polizeibeamten weitere 45 Polizeibeamte die Arbeit der nicht mehr besetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Nichtvollzugs wahrnehmen müssen. Also verliert die Polizei in Mannheim und Heidelberg jeweils etwa 70 Polizeibeamte auf der Straße. Hinzu kommt, dass die Kontingente der Bereitschaftspolizei, welche in Mannheim und Heidelberg zusätzlich in den Innenstädten operieren, ebenfalls zahlenmäßig zurückgefahren werden. Insgesamt haben wir durch Personaleinsparungen und strukturelle Änderungen bei der Bundespolizei und der Landespolizei in dem hiesigen Raum ein erhebliches Sicherheitsdefizit. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Prävention und wird zwangsläufig zu einer Erhöhung der Straftaten führen."



Thomas Mohr
GdP-Vorsitzender und Personalrat

Neben den zusammengefassten Problemen drohe der Polizei im Land und in der Metropolregion ein Alterskollaps. Allein beim Mannheimer Polizeipräsidium gebe es knapp 530 Streifendienststellen, auf denen 40 über 50-jährige Beamte säßen, dies sei ein Anteil von 7,5 Prozent. Weil auf den offiziellen Streifendienststellen aber teilweise auch anderweitig eingesetzte Beamten säßen, sei der Anteil der Älteren in Wirklichkeit noch höher. Die gesamte Personalentwicklung in der Metropolregion, bestehend aus Personalreduzierung und Überalterung durch Mindereinstellungen, sei eine gefährliche Entwicklung, der die Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften zusammenwirkenden Organisationen von DPoIG, BDK und GdP begegnen wollen.



Lothar Mark
Mitglied des Bundestages

„Ich teile die Position der Bundespolizei nicht. Es ist eine Krankheit, wenn man meint, man müsse immer mehr Personal an einem Punkt konzentrieren (Stuttgart). In der Wirtschaft geht der Trend in eine andere Richtung. Ich habe Innenminister Schäuble angeschrieben und Protest angekündigt. Das Konzept der Bundespolizei kann ich nicht mittragen. Synergien sollten funktionabel gestaltet werden, aber nicht durch Personaleinsparung. Die Effizienzrendite (Einsparung von 20 Prozent Tarifpersonal) ist zur Haushaltskonsolidierung nicht sinnvoll. Bei dem Zentralismus Richtung Stuttgart ist es kein Wunder, dass in der Peripherie Defizite entstehen.“





Auszug aus dem Protokoll der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften



Helen Heberer, MdL

„Was mir am Herzen liegt, ist das Stoppen des anhaltenden Personalabbaus in unserem Raum. Die Personalkosten, die eingespart werden, entstehen wieder durch eine dadurch erhöhte Kriminalität.“



Michael Köster
GdP-Vertrauensmann
Bundespolizei

„Auf das Argument, dass die Ansprechpartner des PP Mannheim künftig in Stuttgart angesiedelt sind bzw. die Ermittlungsbeamten künftig von Stuttgart aus ermitteln sollen, reagierte das BMI mit der Feststellung: Es gebe doch moderne Kommunikationsmittel wie Telefon und Fax. Der Ermittlungsdienst ist jedoch auf persönliche Kontakte vor Ort angewiesen.“



Hans-Georg Junginger,
MdL, Vorsitzender des
Innenausschusses

Der Eindruck sei schon da, dass es sich bei der Personalpolitik im Sicherheitsbereich um die Herstellung von Sicherheit nach Kassenlage handelt. Auf Grund der Steuerermehreinnahmen wären andere Lösungen möglich. Innenminister Reicht habe schließlich anerkannt, dass die Polizei überaltert sei und dass pro Jahr 800 Neueinstellungen erforderlich wären. Was die Bundespolizei angeht, seien kurze Dienstwege wichtig. Die SPD-Landtagsfraktion habe in Bezug auf die Altersstruktur und andere Probleme viele Anträge und Anfragen eingebracht, die wegen der Mehrheitsverhältnisse nichts genutzt hätten.



Dieter Schäfer,
Vertreter des
Polizeipräsidioms
Mannheim

Polizeiberrat Schäfer verwies mit seinem Statement auf einen sehr hohen Anteil an nicht voll dienstfähigen Polizeibeamten, die neben der Personalreduzierung und dem sich abzeichnenden Alterskollaps künftig zu erheblichen Problemen führen werden. Dazu kämen die vielen Dauerkranken mit psychosomatischen oder organischen Problemen. Zunächst verlieren wir landesweit 256 Stellen, davon müsse das Polizeipräsidium allein fünf Prozent verkraften. Die Folge der gesamten Personalentwicklung wäre der Verlust von Ermittlungsgruppen oder gar personelle Reduzierungen bei den Streifendiensten.





Auszug aus dem Protokoll der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften



Dr. Frank Mentrup
Mitglied des Landtages
Baden-Württemberg

Dr. Mentrup lobte trotz der bereits bestehenden Personalprobleme das in der Metropolregion bestehende relativ hohe Sicherheitsniveau und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die bisher funktionierende Sicherheitspartnerschaft mit den Nachbarländern und vor allem mit der Bundespolizei. Bedauerlicherweise sage die Landesregierung nichts darüber, wie die Auswirkungen des beschlossenen Personalabbaus und den strukturellen Veränderungen bei der Bundespolizei vor Ort kompensiert werden können. Damit werde die Verantwortung über praktisch nicht vorhandene Lösungsmöglichkeiten an die Polizei in Land und Bund abgegeben. Die Personalentwicklung bezeichnete er als Aushöhlung der Einsatzfähigkeit der Polizei. Die gesamte Entwicklung, Personalabbau bei der Landespolizei und die Umstrukturierung der Bundespolizei im hiesigen Raum sei ein Metropolthema, dass auch bei der Verbandsversammlung der Metropolregion diskutiert werden müsse. Er schlage vor, dass die Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften eine „Sicherheitskonferenz Metropolregion“ organisiere, um mehr politische Durchschlagskraft zu erreichen. Hierzu müssten vorbereitende Gespräche der bei der Konferenz zu beteiligenden Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Metropolregion geführt werden. Außerdem sollten die Vertreter der Polizeigewerkschaften der angrenzenden Länder mit ins Boot geholt werden.



Thomas Krohne
BDK-Bezirksvorsitzender

Bei der anstehenden Personalentwicklung sei die Polizei nicht mehr in der Lage, Tätigkeiten zu verrichten, die über die Pflicht hinausgingen; eine Kür könne man sich künftig nicht mehr leisten. Neben den Personalverlusten der Schutzpolizei würde allein die Mannheimer Kripo ein halbes Dezernat verlieren.



Hochkarätige Besetzung beim Gespräch: v.l. **Roland Weiß** (Stadtrat), **Dr. Frank Mentrup** (MdL), **Helen Heberer** (MdL), **Hans-Georg Junginger** (MdL und Vorsitzender des Innenausschuß) und **Lothar Mark** (Mitglied des Bundestages)



Berthold Hauser,
Vorsitzender des
Gesamtpersonalrats
Bundespolizei
Baden-Württemberg
(GdP)

Das gesamte Sicherheitsgebiet der Metropolregion könne mit der Umstrukturierung der Bundespolizei von einer Dienststelle nicht mehr kontrolliert werden, da die Zuständigkeiten in diesem Gebiet zerschnitten würden. Die Bundespolizei selbst hätten die Entscheidungsträger nicht gefragt.

MdB Lothar Mark (Mitte) im
Detailgespräch mit **Berthold Hauser**
(links) und **Peter Wilhelm** (rechts)
vom Gesamtpersonalrat der
Bundespolizei in Stuttgart





Auszug aus dem Protokoll der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften



Michael Schöfer
stv. Vorsitzender öPR
Mannheim (DPoIG)

Er wies darauf hin, dass der Hauptteil der Personaleinsparungen erst noch komme, die Polizei aber bereits jetzt Probleme habe, den Dienst ordnungsgemäß aufrecht zu erhalten. Insbesondere im Wechselschichtdienst mache sich das bemerkbar. Darüber hinaus habe er den Eindruck, dass den möglichen Personalreduzierungen unrealistische Einschätzungen der zu erzielenden Rationalisierungsmöglichkeiten zugrunde lägen.



Roland Weiß
Stadtrat

Politische Ränkespiele hätten im Sicherheitsbereich nichts zu suchen. Unter Hinweis auf die Vorschläge von Dr. Mentrup sehe er auch die Notwendigkeit bei einer „Sicherheitskonferenz Metropolregion“ die Wirtschaftsverbände zu beteiligen.

MdB Lothar Mark schreibt an Bundesinnenminister Dr. Schäuble

